

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Repräsentativ von Switzerland Global Enterprise und SEC

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle 14 Tage seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Gonsiori 34, EE-10128 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

Seiten: 7 Datum: 31.10.2014

Schweizer Ratsdelegation bereiste das Baltikum



Unter der Leitung des Präsidenten der ausserpolitischen Kommission des Schweizer Ständerates (AKP) FDP-Ständerat **Felix Gutzwiller**, bereisten die fünf Kommissionsmitglieder **Pirmin Bischof, Luc Recordon, Anne Seydoux, Liliane Maury Pasquier und Florent Tripet** von den **Parlamentsdiensten** dieser Tage das Baltikum.

Die Gruppe hatte ihre Reise

in Vilnius begonnen und schliesslich via Riga auch Tallinn besucht.

In allen drei Ländern trafen sie sich mit ihren jeweiligen Amtskollegen. Ziel der Reise war es, die Stimmung im Hinblick auf die Schweiz in den drei EU-Mitgliedstaaten und auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten wahrzunehmen und über deren Beziehungen zur Schweiz insgesamt einen Eindruck zu gewinnen. Begleitet wurde die Delegation von unserem Botschafter **Markus Dutly**, mit Amtssitz in Riga; diplomatisch zuständig für die Schweiz in allen drei baltischen Staaten. Zum Abschluss der Reise hatte der Botschafter die Delegation zum Mittagstisch mit dem Schweizer Honorar-Generalkonsul in Estland, **Andreas Lehmann** sowie den Vertretern der SBCC, **Jürg und Diana Würtenberg** geladen. Mit einem Packet voller Eindrücke kehrten die Ratsmitglieder aus Bern am Freitagabend wieder in die Heimat zurück, nicht ohne festgestellt zu haben, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und den drei baltischen EU- Staaten sehr gut sind. Felix Gutzwiller zeigte sich zuversichtlich darüber, dass Litauen, Lettland und Estland bei den anstehenden bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Hinblick auf Masseneinwanderungen und die damit verbundene Freizügigkeitsfrage im Schengenraum, gegenüber der Schweiz Verständnis und Wohlwollen besteht. Siehe auch: <http://www.parlament.ch/d/mm/2014/Seiten/mm-apk-s-2014-10-23.aspx>

ESTLAND

15-jähriger Schüler erschoss Lehrerin

Eine Tragödie im *Paalalinna Gymnasium* in der estnischen Stadt *Viljandi* ereignete sich am vergangenen Montag: Ein 15-jähriger Junge hat während des Unterrichts seine 56-jährige Deutschlehrerin erschossen. Ausser der Lehrerin kam niemand zu Schaden. Der Junge wurde festgenommen und der Tatort von der Polizei untersucht. Der Täter benutzte eine Waffe, die seinem Vater gehörte. Die genauen Hintergründe der Tat sind heute noch nicht bekannt. Der Junge galt als introvertiert, er habe oft Kriegsfilme konsumiert. Angeblich soll die Lehrerin mit dem Knaben sehr streng umgegangen sein, hiess es. Auffallend sei gewesen, dass der Täter in letzter Zeit ein Messer auf sich getragen habe. Niemand hätte diese Botschaft wahr genommen. Wird der Junge für schuldig erklärt, erwarten ihn nach hiesigem Jugendstrafrecht bis zu 10 Jahre Haft. Es handelte sich um den ersten Fall dieser Art in Estland.

Rücktritt des Estnischen Finanzministers



Der estnische Finanzminister *Jürgen Ligi* überreichte am vergangenen Sonntag Premierminister *Taavi Rõivas* sein Rücktrittsgesuch mit den Worten: „Nach langem Überlegen habe ich beschlossen, aus dem Amt des Finanzministers zurückzutreten. Ich mache es, weil mir der estnische Staat wichtiger ist als mein Amt. Ich liebe die Wahrheit mehr als mein Ministerportfolio. Ich hoffe, dass ich es heute einfacher habe, ausserhalb der Regierung für die Wahrheit und das Ansehen des estnischen Staates zu stehen. Ich trete zurück, damit die Regierung in Ruhe weiterarbeiten kann,“ sagte Ligi. Premierminister Rõivas kommentierte, dass das Gesuch des Finanzministers staatsmännisch und menschlich einsehbar sei. „Diese Nachricht empfang ich mit schwerem Herzen. Jürgen Ligi war über mehr als fünf Jahre ein sehr starker Finanzminister. Als Regierungsmittglied war er ein Mann mit festen Grundsätzen und Entschlossenheit. Er stand immer für die Interessen Estlands. Er war streng während den Jahren der Wirtschaftskrise,“ sagte Rõivas. „Er machte seine Arbeit mit Entschlossenheit und Leidenschaft. Ja, sein Sprachgebrauch war scharf“, kommentierte Rõivas. „Ich akzeptiere seine staatsmännische Entscheidung und wünsche ihm weiterhin viel Weisheit in der Parlamentsarbeit,“ fügte der Premierminister hinzu.

Der Premierminister muss nun innerhalb eines Monats das Abschiedsgesuch dem Präsidenten überreichen.

Anlass für den Rücktritt war ein um den Kommentar des Finanzministers Ligi entstandener Skandal. Nämlich kommentierte Ligi in der letzten Woche in Sozialmedien den Auftritt des sozialdemokratischen Bildungsministers *Jevgeni Ossinovski* in einer Diskussionssendung am Staatsfernsehen ETV. Ligi nannte den ethnisch russischen Bildungsminister Ossinovski als „den Sohn des Einwanderers aus der rosaroten Partei“. Finanzminister Jürgen Ligi ist bekannt für seine scharfen Kommentare über Personen des öffentlichen und politischen Lebens, die nach Ansicht von vielen über die Grenzen des guten Geschmacks und der Ethik hinausgehen.

Am Dienstag beschloss die Reformpartei von Premierministers Taavi Rõivas die Kandidatur von *Maris Lauri* (heutige Wirtschaftsberaterin des Premierministers) zur neuen Finanzministerin aufzustellen. Rõivas zufolge wurde Maris Lauri wegen ihrer Erfahrungen gewählt, vor allem in Haushaltsfragen. „In einer Situation, wo wir uns keine längere Einleitungsperiode leisten können, wird die neue Ministerin jemand sein, die in Wirtschaftsthemen gut informiert ist, die einerseits als Chefökonomin der *Swedbank* den Bereich rundum gut kennt und in den letzten sieben Monaten als Wirtschaftsberaterin die Prozesse des staatlichen Finanzwesens gesehen hat,“ kommentierte Taavi Rõivas.

Die Grundprinzipien der neuen Finanzministerin sind den heutigen sehr ähnlich – ausgeglichenes Staatsbudget, Steuerreduzierung und einfaches Steuersystem.

Maris Lauri ist in Estland eine wohlbekannte Wirtschaftsanalytikerin. Ihre bisherigen Erfahrungen stammen sowohl aus der Nationalbank als auch aus mehreren grossen Kommerzbanken.

Maris Lauri leistet in der kommenden Woche vor dem Parlament ihren Amtseid.

Die Beliebtheit des Euro in Estland am höchsten



Den Ergebnissen einer Studie zufolge sind 80% der Esten mit der Einführung des Euro zufrieden. Mit diesem Ergebnis sind die Esten wesentlich optimistischer als seine baltischen Nachbarn und der EU-Durchschnitt. 80% der Esten meinten, dass die Einführung des Euro eine gute Entscheidung war. Zurzeit ist der Euro die offizielle Währung in 18 EU-Mitgliedsstaaten. Am

1.01.2015 wird Litauen zum 19. Euro Land. Es ist erwähnenswert, dass die Unterstützung zum Euro in Lettland nach seiner Einführung gewonnen hat ein Jahr zuvor waren nur 43% für die Einführung, danach schliesslich nach der Einführung 68% dafür.

Estland bietet elektronische Identität auch für Ausländer



Estlands Parlament verabschiedete am 22. Oktober eine Gesetzesvorlage, die eine Grundlage für den Erhalt der digitalen Identität für jede Person schafft, die weder Bürger noch Bewohner Estlands ist. Nach dem Inkrafttreten der so genannten E-Aufenthaltsvorlage am 1. Dezember 2014 können im Ausland lebende Personen eine virtuelle Identität

erhalten, die ihnen den Zugang zu digitalen Leistungen in Estland gewährt. Die Hauptzielgruppe des Vorhabens sind ausländische Investoren und Mitarbeiter ihrer Firmen, die an estnischen Firmen arbeitende Ausländer, ausländische Partner und Kunden von estnischen Firmen, ausländische Studenten und ihre Familienangehörige. Das Projekt des E-Aufenthaltes beruht auf der Vision „10 Millionen E-Esten bis 2025“ (10 million e-Estonians by 2025). Der Autor des Projekts ist der für IT-Bereich zuständige stellvertretende Staatssekretär im estnischen Wirtschaftsministerium, *Taavi Kotka*. Die Erwartungen sind hoch: das Vorhaben soll Estlands internationales Ansehen als kleines aber innovatives und aufgeschlossenes Land verdeutlichen. Finnische Medien berichteten bereits in der letzten Woche, dass das E-Aufenthaltsprojekt für viele finnische Unternehmer ein Anreiz zur Firmengründung in Estland sei.

Aussenminister Paet betonte die Bedeutung einer engeren baltischen Zusammenarbeit



Estlands Aussenminister *Urmas Paet* betonte am letzten Freitag auf der in Tallinn stattgefundenen Sitzung der Baltischen Versammlung und des Baltischen Ministerrates, dass die Zusammenarbeit der drei baltischen Länder in den Bereichen der Wirtschaft und der Verteidigung sowohl in der EU als in der NATO viel an seiner

Bedeutung und Wichtigkeit gewonnen hätte. Die Krise in der Ukraine hat deutlich gezeigt, wie wichtig die Stärkung der baltischen Energiesicherheit ist. „Die Anbindung der baltischen Energiemärkte miteinander und mit dem restlichen Europa hilft uns die Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen zu mindern. Dafür müssen neue Verbindungen ausgebaut und Energiemärkte integriert werden, das Lieferantennetz muss vielseitiger werden. Ebenso wichtig ist, dass Flüssigerdgas auf den Markt kommt,“ sagte Paet. Der Minister freute sich über die Ende Oktober bevorstehende Öffnung des LNG Terminals im litauischen Klaipeda.

„Das durch Klaipeda fließende Flüssigerdgas erhöht nicht nur die Energiesicherheit Litauens sondern der ganzen Region,“ betonte Paet.

Paet zufolge müsse die **Rail Baltica** möglichst schnell fertig gebaut werden, damit Menschen und Güter aus den baltischen Ländern einen besseren Zugang nach Europa haben.

Chemiebranche startete Kampagne gegen Regierung

Der Verband der Chemieindustrie Estlands startete vor einigen Wochen eine Kampagne gegen die geplante Erhöhung der Umweltsteuer in einem Jahrestempo von 3 bis 10% während der kommenden 10 Jahre. Die grössten Zahler der Umweltsteuer sind wohlhabende Unternehmen wie z.B. **Viru Keemia Grupp**, **Alexela Energia (Kiviõli Keemiatööstus)** und **Eesti Energia**. Eesti Energia zahlt jährlich durchschnittlich 60 Mio. EUR Umweltsteuer, die Viru Keemia Grupp 13 Mio. und **Kiviõli Keemiatööstus** rund 3 bis 4 Mio. EUR.

Die Chemieindustrie und der Ölschieferabbau sind lebenswichtige Arbeitgeber und Einnahmequellen für den im Nord-Osten Estlands liegenden Landkreis Ida-Virumaa. Die Initiatoren der Kampagne fürchten, dass die Region durch die Steuererhöhung 24,000 Arbeitsstellen verliert. Vor zwei Jahren (2012) kassierte der Staat 79 Mio. EUR Umweltsteuer. Davon stammten 54 Mio EUR bzw 70% aus der Ölschieferindustrie.

LETTLAND

Lat-Noten als Weihnachtsschmuck



„Schade um die schönen Lat-Scheine“, sagte der lettische Geschäftsmann **Druvis Vectirans** und rettete die am 1.01.2014 durch den Euro ersetzten Lat-Noten vor der Verbrennung im Ofen. Vectirans ist der Ansicht, dass Letten über den Lat, als dem Symbol der Eigenstaatlichkeit und nationaler Identität stolz waren.

Es handelte sich um die schönsten Geldscheine der Welt, der Lat erhielt mehrmals auch hohe internationale Anerkennung. Mit dem Ziel, den Lat-Scheinen ein ehrwürdiges Schicksal zu garantieren, wandte sich Vectirans' Firma **SIA Kepler78b** an die Lettische Zentralbank mit der Bitte, die bereits zerschnittenen Lat-Noten zu bekommen, was Vectirans auch gelungen ist. Nun produziert der Geschäftsmann aus alten Lats Souvenirs. Die zerschnittene Papiergeldmasse wird mit Leim gemischt, in Gussformen gegossen und getrocknet. In der Weihnachtszeit können Letten aus Lat-Noten angefertigten Weihnachtsbaumschmuck kaufen.

Lettlands Schwierigkeiten mit der Regierungsbildung



Lettlands Staatspräsident **Andris Bērziņš** gab den neuen Koalitionsparteien am 22. Oktober eine Woche zur Formierung der neuen Regierung. Die Parteien der Machtkoalition informierten am vergangenen Mittwoch den Präsidenten, dass es ihnen nicht gelungen sei, sich über die Zusammensetzung der neuen Regierungskoalition zu einigen, da die Partei der Grünen und Bauern sich den Posten des Ministers für Umwelt- und Regionalentwicklung wünscht, der bereits an die Union der Nationalen Kräfte versprochen war. Premierministerin **Laimdota Straujuma** sagte, dass sie nicht sicher sei, ob sich die Koalitionspartnern in einer Woche über die neue Regierung einigen können. „Ich kann nicht sagen, dass ich davon überzeugt bin, ich bin aber sicher, dass Lettland im November eine neue Regierung bekommt,“ sagte Straujuma.

Am Mittwoch sagte die Premierministerin nach einem Treffen mit dem Präsidenten Andris Berzins, dass das Staatsoberhaupt die Teilung der Ministerplätze grundsätzlich akzeptiert hätte und das Parlament könne die Zusammensetzung der neuen Regierung am 5. November billigen. Straujuma zufolge sei die Zusammensetzung der Regierung nun klar und bis zur kommenden Woche werde am Regierungsprogramm gearbeitet. Die Einheitspartei bekommt

die Posten des Premierministers, des Transportministers, Finanzministers, Innenministers, Aussenministers und Bildungsministers. Die Union der Grünen und Bauern bekommt das Landwirtschaftsministerium, Wirtschaftsministerium, Verteidigungsministerium und Sozialministerium, die Union der Nationalen Kräfte die Ministerien für Umweltschutz, und Regionalentwicklung, Justiz und Kultur. Den **Nationalen Kräften** bleibt auch die Position des Parlamentspräsidenten. Die Position des stellvertretenden Parlamentspräsidenten bekommt die Union der Grünen und Bauern. Die Regierungskoalition hat im 100 Mitglieder zählenden Parlament 61 Mandate.

Rail Baltic Gründungsvertrag unterzeichnet



Nach jahrelangen Verhandlungen wurde am Dienstag in Riga der Gründungsvertrag des Gemeinschaftsunternehmens unterzeichnet, das sich mit dem Ausbau der durch die drei baltischen Staaten verlaufenden **Rail Baltic** befassen wird. Estlands Wirtschaftsministerin Urve Palo sagte: „Dieses Vorhaben ist das umfangreichste gemeinsame Projekt in der Geschichte unserer Länder. Die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens ist ein Beweis dafür, dass alle drei Staaten das Projekt ernst nehmen.“ „Wir müssen mit dem Rail Baltic Projekt schnell vorankommen, weil der

erste Finanzierungsantrag schon im Februar 2015 an die EU gestellt werden muss“, sagte Palo. Lettlands Wirtschaftsminister **Anrijs Matīss** meinte: „Es handelt sich um einen wichtigen geopolitischen und wirtschaftlichen Meilenstein. Ich bin sicher, dass unsere Hauptstädte und unsere Menschen in zehn Jahren einander viel näher gebracht worden sind“. Als erstes muss RB Rail bis spätestens zum 26. Februar 2015 der Europäischen Kommission einen Antrag zur Finanzierung des Projektes einreichen. Die Eisenbahnstrecke wird nach gleichen Standards (Spurweite) aus Tallinn über Pärnu, Riga, Panevėžys und Kaunas nach Polen gebaut. Die Vilnius-Kaunas Strecke ist ein Teil des Rail Baltic Projektes, das jedoch erst dann umgesetzt werden soll, wenn es mit der EU-Kofinanzierung getan werden kann. Das Hauptbüro von Rail Baltica wird in Riga etabliert.

Gesundheit und Verteidigung als Prioritäten des 2015 Haushaltes

Janis Reirs, Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzwesen sagte am Dienstag, dass die Prioritäten des nächsten Staatshaushaltes Gesundheit und Staatsverteidigung seien. In einem Fernsehinterview sagte Reirs: „Wir suchen und wir finden die finanziellen Mitteln zur Deckung dieser Prioritäten. Wir versuchen auch Einkommensunterschiede zu mindern. In niedrigen Gehaltsstufen sollen sowohl das steuerfreie Minimum als auch das Mindestgehalt steigen“.

Lettland möchte neue Hubschrauber kaufen

Der lettische Verteidigungsminister **Raimonds Vējonis** sagte am Montag, dass der Staat die Beschaffung neuer Hubschrauber für die Verteidigungskräfte plane. „Die vorhandenen Hubschrauber werden älter. Schon in der näheren Zukunft müssen wir an den Kauf von neuen Hubschraubern denken, damit wir neben den heutigen Funktionen wie etwa Menschenuche und Rettungseinsätze die Hubschrauber auch für Militärzwecke einsetzen können,“ sagte Vējonis. „Lettland hat den Kauf von Hubschraubern auch mit seinen Nachbarländern diskutiert um festzustellen, ob eine gemeinsame Beschaffung in Frage kommen könnte. Die Prioritäten des Staates liegen heute aber in anderen Bereichen. Zu diesen Bereichen gehören z.B. auch die Stärkung der Luftabwehr, weshalb die Hubschrauber nicht in den kommenden zwei-drei Jahren gekauft werden können.“ Der Kauf von Hubschraubern hänge von den

finanziellen Möglichkeiten des Staates ab, das Preisniveau der Hubschrauber sei mit den Kosten von anderen Bedürfnissen nicht zu vergleichen.

LITAUEN

In Litauen wurde ein LNG Terminal eröffnet



Am Montag traf im litauischen Hafen *Klaipėda* das Flüssigerdgas-Schiff „Independence“ ein. Das Schiff wurde in Süd-Korea in Zusammenarbeit mit der norwegischen Hoegh LNG von *Hyundai Heavy Industries* gebaut. Litauens Staatspräsidentin *Dalia Grybauskaitė* sagte: Das LNG Terminal in Klaipėda hat eine besondere Bedeutung – es wird zur Garantie der Energiesicherheit der ganzen Region. Bei Bedarf kann das Terminal bis zu 90% des Gasbedarfes der baltischen Staaten decken.“ Das Terminal garantiert Litauen den Zugang zu alternativen Gaslieferanten neben der russischen *Gazprom*. Die ersten Diskussionen über den Bau des LNG Terminals begannen bereits 2009: Damals verabschiedete Litauen ein einschlägiges Gesetz und das Terminal wurde nun während dreieinhalb Jahren fertig gebaut. Auf der feierlichen Zeremonie nahmen auch die Premierminister Lettlands und Estlands sowie der estnische Minister für Aussenhandel und Unternehmertum teil.

In Europa existieren heute 57 LNG Terminale.

Das Flüssigerdgasterminal wird von Litauen von der norwegischen Firma Hoegh LNG mit einer Laufzeit von 10 Jahren geleast. Litauen hat das Recht das Terminal nach der Leaseperiode endgültig zu erwerben. Die Regierung darf allerdings den Kaufpreis nicht veröffentlichen, da diese Informationen Premierminister Algirdas Butkevicius zufolge den Norwegern hindern würden ein anderes Terminal zu verkaufen. Das staatseigene Unternehmen Klaipedos Nafta zahlt für das Terminal täglich 189 000 USD und während 10 Jahren insgesamt 689 Mio USD. Das Terminal wird im Januar nächsten Jahres in Betrieb genommen und hat eine Kapazität von 1 Mrd Kubikmeter Gas.

Litauens Innenminister zurückgetreten



Litauens Innenminister *Dailis Alfonsas Barakauskas* überreichte am Donnerstag sein Rücktrittsgesuch ein. Als Begründung nannte der Minister die Verschlechterung seiner Gesundheitszustandes. Premierministerin *Algirdas Butkevicius* hat letzten Meldungen zufolge das Gesuch gebilligt. Der 62-jährige Politiker ist Mitglied der regierenden *Partei der Ordnung und Gerechtigkeit*. Der Pressesprecher des Premierministers teilte am Donnerstag mit, dass der Rücktritt des Innenministers nichts mit der zurzeit im Innenministerium laufenden Korruptionsuntersuchung zu tun hätte. Litauens Staatsanwaltschaft teilte am Dienstag mit, dass eine Untersuchung über einen möglichen Korruptionsfall im Innenministerium eingeleitet wurde.

Standorte für das neue Atomkraftwerk ausgewählt. Bau steht dennoch unter Fragezeichen

Die beiden für das zu bauende *Visagina Atomkraftwerk* ausgewählten Standorte seien dafür geeignet, bestätigte die Litauische Inspektion für Sicherheit der Atomenergie *VATESI*. Die beiden von *Lietuvos Energija* vorgeschlagenen Standorte liegen in der Nähe des stillgelegten *Ignalina Atomkraftwerkes* im nord-östlichen Teil Litauens. Die litauische Regierung hat noch nicht beschlossen, ob das neue Atomkraftwerk gebaut wird oder nicht. Einschlägige Verhandlungen laufen zurzeit mit Estland, Lettland und den Vertretern der japanischen Firma Hitachi.

Litauens BIP im Q3 um 2,6% gewachsen

Die Statistische Behörde Litauens teilte mit, dass das BIP des Landes im dritten Quartal 33,7 Mrd. Litas, bzw. um 2,6% gewachsen sei. Am stärksten angetrieben hätten das Wirtschaftswachstum das Bauwesen, die Transport, Hotel- und Restaurantbranche. Im ersten Quartal stieg das BIP im Jahresvergleich um 3,4 und im zweiten Quartal um 3,3%.

Litauer spendeten am meisten an Sozialdemokraten

Die Steuerbehörde Litauens teilte am Mittwoch mit, dass die Sozialdemokratische Partei in diesem Jahr am meisten Einkommenssteuerspenden erhielt - 14 000 Menschen spendeten insgesamt 176 000 EUR. 165 400 EUR Spenden erhielt die Vaterlandsunion-Christdemokraten. Die Liberale Bewegung erhielt 152 500 EUR Spenden.

Litauische Staatsbürger haben das Recht, 2% der Einkommenssteuer an verschiedene Fonds, Assoziationen, Gewerkschaften und ähnliche Organisationen zu spenden. Die Spenden an politische Parteien sind mit 1% der Einkommenssteuer begrenzt.